

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2021

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DES EUROPARATS**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	3
	2. Ziele	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	6
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	6
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2021	6
	1. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung.....	6
	2. Erste Sessionswoche vom 25. bis 28. Januar 2021.....	7
	3. Zweite Sessionswoche vom 19. bis 22. April 2021	9
	4. Dritte Sessionswoche vom 21. bis 24. Juni 2021.....	11
	5. Vierte Sessionswoche vom 27. bis 30. September 2021.....	12
V.	Zusammenarbeit	14
VI.	Kostenaufwand der Delegation.....	14
VII.	Weitere Informationsquellen.....	14
VIII.	Schlusswort und Antrag	15

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In dieser Funktion nimmt sie an den ordentlichen Sessionen der Versammlung sowie an weiteren Aktivitäten, die ihm Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgeführt werden, teil. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2021.

II. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 für die Mandatsperiode 2021 – 2025 neu gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Franziska Hoop, Delegationsleiterin
- Abg. Peter Frick, Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, Ersatzmitglied
- Stv. Abg. Thomas Hasler, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Institution Europarat

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein wurde als 21. Mitglied am 23. November 1978 in den Europarat aufgenommen. Kanada, Israel und Mexiko haben einen «Beobachterstatus» bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Folgende Staaten sind «Partner für Demokratie»: Marokko, der palästinensische Nationalkongress, Kirgisistan und Jordanien. Bei den Partnern für Demokratie hilft der Europarat mit, ihre demokratischen Strukturen zu stärken beziehungsweise auf- und auszubauen.

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

1. Entstehung und Zusammensetzung

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien und hat seinen ständigen Sitz im Palais de l'Europe in Strassburg. Diese supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 830 Millionen Menschen.

2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz, u.a.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das **Ministerkomitee** ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten beziehungsweise deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der PV und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und das Budget des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungs austausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr hatten folgende Länder den Vorsitz inne: Deutschland (November 2020 bis Mai 2021), Ungarn (Mai bis November 2021) sowie Italien (November 2021 bis Mai 2022). Liechtenstein wird den Vorsitz von November 2023 bis Mai 2024 innehaben.

Die **Parlamentarische Versammlung** ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Die Parlamentarier können durch Beschlüsse bzw. Entschliessungen in der PV durchaus Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen der PV ist äusserst wichtig, da dort die eigentliche Arbeit zu Handen der PV geleistet wird. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 648 Mitgliedern, davon 324 Stellvertreter. Liechtenstein ist in der Versammlung mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern vertreten. Im Verhältnis zur Grösse des Landes ist Liechtenstein durchaus stark vertreten, vergleicht man dies mit den grossen Staaten wie Deutschland und Frankreich mit je 18 Mitgliedern und 18 Stellvertretern.

Die sechs politischen Fraktionen der PV sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand von Dezember 2021):

- Europäische Volkspartei – EPP/CD (159)
- Sozialisten, Demokraten, Grüne – SOC (143)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (93) - davon alle vier Mitglieder der liechtensteinischen Delegation

- Europäische Konservative Gruppe – EC (91)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (40)
- Parteiunabhängige – NR (105)

Die Parlamentarische Versammlung verfügt über neun Ausschüsse sowie zusätzliche 20 Unterausschüsse. In den Ausschüssen werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Dort wird die Hauptarbeit in Bezug auf potenzielle Entschliessungen vollzogen. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Ausschüssen darüber beraten. Die Ausschüsse führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Liechtenstein steht in den ersten sechs Ausschüssen jeweils ein Sitz zu. Die Mitglieder der anderen drei Ausschüsse werden vom Präsidium bzw. den Fraktionen bestellt. Jedes Mitglied der Versammlung kann in zwei Ausschüssen Mitglied sein. Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Ausschüssen:

- Committee on Political Affairs and Democracy (85 Sitze)
Abg. Peter Frick (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Committee on Legal Affairs and Human Rights (85 Sitze)
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Abg. Franziska Hoop)
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development (85 Sitze)
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons (85 Sitze)
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Committee on Culture, Science, Education and Media (85 Sitze)
Stv. Abg. Hubert Büchel (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Committee on Equality and Non-Discrimination (85 Sitze)
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Stv. Abg. Thomas Hasler)
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe (Monitoring Committee) (93 Sitze)
keine Besetzung
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs (32 Sitze)
keine Besetzung
- Committee on the Election of Judges to the European Court of Human Rights (20 Sitze)
keine Besetzung.

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das Standing Committee, in welchem neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung alle nationalen Delegationsleiter sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Fraktionsvorsitzenden der politischen Gruppen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee führt die Geschäfte der Versammlung, wenn diese keine Session hat und stellt damit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Das Standing Committee berät und verabschiedet Berichte und Entschliessungen und kann Dringlichkeits- oder Aktualitätsdebatten abhalten.

Der **Kongress der Gemeinden und Regionen Europas** ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress tagt zweimal jährlich im Palais de l'Europe in Strassburg.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2'200 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen seit dem 18. September 2019 von Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić. Burić wurde im Juni 2019 von den Mitgliedern der Versammlung zur Generalsekretärin gewählt. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Seit dem 1. März leitet Despina Chatzivassiliou-Tsovilis das Generalsekretariat der Versammlung. Sie wurde im Januar von der Versammlung zu ihrer neuen Generalsekretärin gewählt. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. Sie folgte auf Wojciech Sawicki welcher seit 2010 die Geschicke der Versammlung lenkte. Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Versammlung sorgt die Generalsekretärin für das ordnungsgemässe Funktionieren der Versammlung, setzt die Beschlüsse um und koordiniert die Arbeit der Ausschüsse. Sie leitet ein Sekretariat mit etwa 90 Mitarbeitern, das den Präsidenten und die Mitglieder der Versammlung bei ihrer Arbeit unterstützt und den ordnungsgemässen Ablauf der parlamentarischen Verfahren sicherstellt.

4. Praktische Auswirkungen für Europa

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben. Per Ende 2021 existierten 225 europäische Konventionen.

5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Diese, 1959 in Strassburg errichtete, selbstständige Organisation ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt seit 1998 ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der Gerichtshof urteilt über Beschwerden einzelner Personen sowie Personengruppen und Staaten, die sich auf Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte beziehen. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. Carlo Ranzoni ist seit dem 1. September 2015 der liechtensteinische Richter am Gerichtshof. Am 19. August 2020 reichte Liechtenstein beim EGMR eine Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik ein, da die Regierung die Souveränität Liechtensteins in Tschechien als nicht ausreichend respektiert ansieht.

IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2021

1. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung

Während den Sessionswochen in Strassburg finden die Plenarversammlungen, die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Fraktionssitzungen statt. Während bei den Ausschüssen die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden an den Plenarversammlungen Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet.

2. Erste Sessionswoche vom 25. bis 28. Januar 2021

Die Session wurde in hybrider Form abgehalten und ermöglichte es ihren Mitgliedern, virtuell oder persönlich in Strassburg teilzunehmen. Aufgrund der aktuellen Covid-19-Situation verzichtete die liechtensteinische Delegation auf eine Teilnahme vor Ort und nahm per Videokonferenz sowohl an den Plenarsitzungen wie auch an den Ausschusssitzungen teil. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Susanne Eberle-Strub als Delegationsleiterin und Christoph Wenaweser vertreten.

Höhepunkte der ersten Sessionswoche

Wiederwahl des Präsidenten der Versammlung

Der bisherige Präsident Rik Daems (Belgien) wurde für eine zweite einjährige Amtszeit als Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wiedergewählt, dankte den Mitgliedern für ihr Vertrauen und begrüßte die Abhaltung der ersten hybriden Plenarsitzung der Versammlung. In seiner Rede forderte er die Abgeordneten auf, nicht zu fragen, «was der Europarat für uns tun kann», sondern «zu schauen, was wir tun können, um die Werte aufrechtzuerhalten und somit zu den Aktivitäten und der Mission des Europarats beizutragen».

Wahl einer Generalsekretärin der Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung hat Despina Chatzivassiliou-Tsovilis (Griechenland) zu ihrer Generalsekretärin gewählt. Sie ist die erste Frau, die dieses Amt in der 72-jährigen Geschichte der Versammlung innehat. Die Wahl fand per elektronischer Abstimmung statt. Die Wahlbeteiligung war mit 96,46 Prozent sehr hoch. Sie kandidierte gegen den bisherigen Generalsekretär Wojciech Sawicki (Polen), der während zwei Amtszeiten die Geschicke der Versammlung lenkte. Despina Chatzivassiliou-Tsovilis arbeitet seit 21 Jahren mit und für Parlamentarier aus ganz Europa in der Parlamentarischen Versammlung und leitete abwechselnd die Ausschüsse für Monitoring und Politische Angelegenheiten. Sie begann ihre Karriere beim Europarat 1993 in der Europäischen Kommission für Menschenrechte.

Wahl eines stellvertretenden Generalsekretärs des Europarats

Bjørn Berge (Norwegen) wurde von der Parlamentarischen Versammlung mit 185 Stimmen zum stellvertretenden Generalsekretär des Europarats gewählt. Seine Gegenkandidatin Leyla Kayacik (Türkei) kam auf 112 Stimmen. Er trat sein Amt am 1. März 2021 für eine Dauer von fünf Jahren an und löste Gabriella Battaini-Dragnoni ab. Bjørn Berge war Generaldirektor und Sekretär des Ministerkomitees des Europarats. Zuvor war er mehrere Jahre Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs. Davor arbeitete er als norwegischer Diplomat, unter anderem als Senior Adviser für internationale Fragen des norwegischen Premierministers.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Prüfung der Stimmrechte der Abgeordneten

Die Stimmrechte der russischen Delegation wurden an der Eröffnungssitzung aufgrund inhaltlicher Mängel (Artikel 8 der Geschäftsordnung) angefochten. Die Anfechtung durch die Leiterin der ukrainischen Delegation wurde von mehr als 30 Mitgliedern aus mindestens fünf verschiedenen Delegationen unterstützt. Die Versammlung beschloss, einen entsprechenden Bericht am folgenden Donnerstag zu diskutieren. Die Mitglieder der russischen Delegation konnten bis zur Entscheidung der Versammlung provisorisch ohne Einschränkung an der Versammlung teilnehmen, ohne allerdings über ihr eigenes Mandat abzustimmen.

In der folgenden Debatte hat die Versammlung das Mandat der russischen Delegation mit grosser Mehrheit bestätigt, bedauerte aber eine Reihe von negativen Tendenzen im Land in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und forderte Russland auf, alle Empfehlungen zu erfüllen, die in einer Reihe von Entschliessungen der Versammlung ausgesprochen wurden. Unter anderem forderte die Versammlung die Freilassung von Alexei Nawalny sowie von friedlichen Demonstranten und Unterstützern, die zu Unrecht inhaftiert wurden, und forderte Russland auf, eine Reihe von Gesetzen zu überprüfen, um sie mit den Standards des Europarats in Einklang zu bringen.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Verhaftung und Verurteilung von Alexei Nawalny im Januar 2021.
- Aktualitätsdebatte: Bedrohung der Meinungsfreiheit durch die «Big Tech» Companies.
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung.
- Fortschritte im Überwachungsverfahren der Versammlung (2020).
- Die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.
- Richterinnen und Richter in Polen und der Republik Moldau müssen unabhängig bleiben.
- Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung – Folgemassnahme zu Entschliessung 2319 (2020) «Ergänzendes gemeinsames Verfahren des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung als Reaktion auf einen schwerwiegenden Verstoss eines Mitgliedstaates gegen seine satzungsgemässen Pflichten».
- Covid-19-Impfstoffe: ethische, rechtliche und praktische Überlegungen.
- Einschränkungen von NGO-Aktivitäten in Mitgliedstaaten des Europarats.
- Ethnisches Profiling in Europa.

Redebeiträge

Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung der beiden wichtigsten Konventionen des Europarats: die Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta. Sie betonte, dass die Einhaltung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte durch die Mitgliedstaaten keine freundliche Bitte, sondern eine verbindliche rechtliche Anforderung sei. Weiter drückte die Generalsekretärin ihr Mitgefühl mit den Opfern der Covid-19-Pandemie aus. Während der Krise müssen die Grundwerte des Europarats gewahrt werden, insbesondere die Menschenrechte und der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Menschen, ungeachtet der finanziellen Mittel.

Heiko Maas, Aussenminister von Deutschland, Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats

In seiner Rede vor der Versammlung würdigte Heiko Maas den Europarat als institutionellen Pfeiler Europas welcher mit der Europäischen Menschenrechtskonvention weltweit Standards für den Schutz der Menschenrechte setzt. Gleichzeitig warnte er, dass das friedliche und tolerante Europa nicht selbstverständlich sei, und verwies auf Gewalt und Krieg wie zuletzt in Bergkarabach, aber auch in der Ostukraine. Er forderte die Versammlung auf, Vielfalt als Chance zu begreifen. Der Europarat stehe seit jeher für einen Austausch, der auch über ideologische Grenzen hinausgehe. Das heisst auch, Kritik offen zu äussern - und auszuhalten. Das Abbrechen von Brücken sei aus seiner Sicht jedoch die schlechteste Option.

Weitere Redebeiträge

- Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit.
- Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der WHO.

3. Zweite Sessionswoche vom 19. bis 22. April 2021

Die Session wurde erneut in hybrider Form abgehalten und ermöglichte es ihren Mitgliedern, virtuell oder persönlich in Strassburg teilzunehmen. Aufgrund der aktuellen Covid-19 Situation verzichtete die liechtensteinische Delegation auf eine Teilnahme vor Ort und nahm per Videokonferenz sowohl an den Plenarsitzungen wie auch an den Ausschusssitzungen teil. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Franziska Hoop als Delegationsleiterin und den stv. Abgeordneten Hubert Büchel vertreten.

Höhepunkt der zweiten Sessionswoche

Václav-Havel-Menschenrechtspreis 2020

Bereits zum achten Mal wurde anlässlich einer Feier der Václav-Havel-Menschenrechtspreis für herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement vergeben. Da die Feierlichkeiten aufgrund der Covid-19-Pandemie im letzten Jahr nicht stattfinden konnten, wurde dies nun nachgeholt. Der mit EUR 60'000 dotierte Preis wurde an die saudische Frauenrechtsaktivistin Ludschain al-Hathlul verliehen. Al-Hathlul ist eine der Anführerinnen der saudischen Frauenbewegung, die sich für die Beendigung des Systems, nach dem Frauen unter die Vormundschaft eines männlichen Angehörigen gestellt werden, sowie des saudischen Fahrverbots für Frauen und für einen besseren Schutz von weiblichen Missbrauchsopfern in Saudi-Arabien eingesetzt hat. Sie verbrachte wegen ihrer Haltung 1001 Tage im Gefängnis und wurde erst im Februar 2020 freigelassen, steht jedoch weiterhin in ihrem Heimatland unter Hausarrest und ist weiteren Bewährungsauflagen unterworfen. Ludschains Schwester, Lina Al-Hathlul, nahm den Preis stellvertretend im Rahmen einer virtuellen Rede entgegen.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Dringlichkeitsdebatte: Die Festnahme und Inhaftierung von Alexei Nawalny im Januar 2021

In der verabschiedeten Entschliessung und Empfehlung ruft die Versammlung die Russische Föderation dazu auf, Nawalny unverzüglich und in jedem Fall vor der nächsten Menschenrechtssitzung des Ministerkomitees im Juni 2021 freizulassen. Weiter fordert sie Russland auf, Alexei Nawalny bis zu seiner Freilassung jede notwendige medizinische Versorgung zu gewährleisten, inklusive einer Untersuchung und Behandlung durch einen Arzt seiner Wahl. Ausserdem fordert die Versammlung das Ministerkomitee des Europarats auf, sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die vollständige und rasche Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Nawalny gegen Russland sowie die unverzügliche Freilassung von Nawalny sicherzustellen. Weiter ersucht die Versammlung das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe), einen Monitoring-Besuch in der Hafteinrichtung durchzuführen, in der Nawalny festgehalten wird.

Dringender Bedarf an einer Wahlrechtsreform in Weissrussland

Bei der Verabschiedung einer Entschliessung und Empfehlung erklärte die Versammlung, dass das gescheiterte Wahlsystem in Weissrussland ein entscheidender Faktor der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Krise sei, die das Land erlebt. Ausserdem ruft die Versammlung Weissrussland zu einer dringenden umfassenden Reform seines Wahlsystems auf, um es auf internationale Normen für demokratische Wahlen anzupassen. Dabei listete die Versammlung die Bereiche auf, die eine dringende Veränderung erfordern, um sie mit früheren Empfehlung der Versammlung, der OSZE und der Venedig-Kommission in

Einklang zu bringen. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass sie seit mehr als zwei Jahrzehnten auf systemische Probleme, die das Wahlsystem betreffen, hingewiesen habe.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Covid-Pässe oder -Zertifikate: Schutz der Grundrechte und rechtliche Auswirkungen.
- Aktualitätsdebatte: Armenische Kriegsgefangene, andere Gefangene und verschleppte Personen.
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung.
- Tätigkeitsbericht 2020 der Kommissarin für Menschenrechte des Europarats.
- Der Post-Monitoring-Dialog mit Montenegro.
- Die Diskriminierung von Menschen, die unter chronischen und langwierigen Erkrankungen leiden.
- Der Schutz nationaler Minderheiten in Europa.
- Steuerliche Ungerechtigkeit bekämpfen: Die Arbeit der OECD zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft.
- Die Vision der Parlamentarischen Versammlung bezüglich der strategischen Prioritäten des Europarats.
- Menschenrechtsverletzungen in Weissrussland erfordern internationale Untersuchungen.

Redebeiträge

Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin

Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, sprach im Rahmen des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats vor der Parlamentarischen Versammlung. Europa sei heute der Kontinent mit den weltweit höchsten Menschenrechtsstandards, so die Bundeskanzlerin. Doch ein Blick an Europas Aussengrenzen und in den Osten Europas zeigten, dass auch heute Frieden und Sicherheit sowie Stabilität und Wohlstand alles andere als selbstverständlich sei. Weiter erklärte sie, dass Menschenrechte und Grundrechte, nicht zuletzt die Meinungs- und Pressefreiheit, unter Druck geraten und ausgehebelt werden. Wenn man zulasse oder einfach darüber hinwegsehen würde, wie Grundwerte und Grundrechte, die die Kernstücke der Verfassungen demokratischer Staaten sind, missachtet werden, dann würde man in Kauf nehmen, dass auch das europäische Projekt selbst infrage gestellt würde. Rechtsstaatlichkeit sei die unabdingbare Grundlage für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass der Staat das von seiner Volksvertretung gesetzte Recht verwirklicht und sich dabei der Kontrolle unabhängiger Richterinnen und Richter unterwirft. Genau dieses Vertrauen sei die wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende und damit stabile Demokratie. Jedoch wüssten alle, dass Vertrauen flüchtig sei. Darum müsse es tagtäglich von den Repräsentanten des Staates neu erarbeitet und verdient werden.

Weitere Redebeiträge

- Michael Roth, Staatsminister von Deutschland für Europa im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Vorsitz Deutschlands.
- Maia Sandu, Präsidentin der Republik von Moldawien.
- David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments.
- Dunja Mijatovic, Kommissarin für Menschenrechte des Europarats.
- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats.

4. Dritte Sessionswoche vom 21. bis 24. Juni 2021

Vom 21. bis zum 24. Juni fand die dritte Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erneut in hybrider Form in Strassburg statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick (Mitglied) sowie die stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler (beides stellvertretende Mitglieder der Versammlung) vertreten. Sie wurden von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort in die Abläufe der Parlamentarischen Versammlung eingeführt.

Höhepunkte der dritten Sessionswoche

Feierstunde anlässlich des 10. Jahrestags der Istanbul-Konvention

Die Versammlung begann den 10. Jahrestag des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt mit einer Feierstunde initiiert vom Parlamentspräsidenten Rik Daems. Während seinen Ausführungen betonte Daems, dass in den zwei Stunden, in welchen die Veranstaltung dauern werde, Tausende Frauen misshandelt werden. Es würden auch Frauen zu Tode misshandelt. Dies seien keine vereinzelt Fälle, sondern viele Tausende Gewalttaten. Anlässlich des Jubiläums sprachen vor der Versammlung die jesidische Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad, Trägerin des Václav-Havel-Menschenrechtspreises 2016 und des Friedensnobelpreises 2018, Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats, Alexander de Croo, belgischer Premierminister, Anca Dana Dragu, Präsidentin des rumänischen Senats, Elisabeth Moreno, französische Ministerin für Gleichstellung, Diversität und Chancengleichheit, und Dubravka Šimonovic, UN-Sonderbericht-erstatteerin gegen Gewalt an Frauen.

Liechtenstein beteiligte sich ebenfalls mit einer Wortmeldung an dieser hochrangigen Debatte. Der Abgeordnete Peter Frick machte Ausführungen über die kurz davor erfolgte Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde der Istanbul-Konvention durch Regierungsrätin Dominique Hasler. Er betonte, dass Liechtenstein nun der 34. Mitgliedstaat der Istanbul-Konvention sei und ein wichtiges und starkes Zeichen für den Multilateralismus und den Schutz der Menschenrechte setze. Mit dem Einsatz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verbessert sich die Situation der Betroffenen im Inland und betone gleichzeitig international die Wichtigkeit der Istanbul-Konvention. Abschliessend rief Frick alle Mitgliedstaaten auf, die Istanbul-Konvention zu ratifizieren.

Liechtenstein hat am 10. November 2016 die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterzeichnet. Der Landtag stimmte der Ratifikation anlässlich seiner Sitzung im Mai 2021 zu und am 1. Oktober 2021 ist das Übereinkommen für Liechtenstein in Kraft getreten. Die Istanbul-Konvention gilt als wichtiges internationales Abkommen zum Schutz vor jeglicher Form von Gewalt und insbesondere vor häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Verschiedene Treffen der liechtensteinischen Delegation in Strassburg

Die Delegation nutzte ihre vollzählige Präsenz vor Ort für einen Antrittsbesuch bei Botschafter Domenik Wanger, dem ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, welcher die Delegationsmitglieder über die Schwerpunkte seiner Arbeit als Botschafter informierte. Ebenfalls fand ein Höflichkeitsbesuch bei der Generalsekretärin der Versammlung, Despina Chatzivassiliou-Tsovilis, statt. Ein weiterer Austausch fand mit Carlo Ranzoni, liechtensteinischer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, statt. Er informierte die Delegation über die Arbeitsweisen des EGMR und insbesondere über seine Arbeit als Richter.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Die Notwendigkeit eines wirksamen Solidaritätsmechanismus zwischen den europäischen Ländern, um den Migrationsdruck auf die Frontländer zu verringern.
- Aktualitätsdebatte: Die Situation in Weissrussland: eine Bedrohung für ganz Europa.
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung.
- Die Stärkung der Teilhabe von Frauen aus unterrepräsentierten Gruppen an politischen und öffentlichen Entscheidungen.
- Transparenz und Regelungen für Spenden an politische Parteien und für Wahlkampagnen von ausländischen Spendern.
- Die Lage der Krimtataren.
- Die Bekämpfung von Afrophobie oder anti-schwarzem Rassismus in Europa.
- Sollten Politiker für Äusserungen, die sie in Ausübung ihres Mandats tätigen, strafrechtlich verfolgt werden?
- Medienfreiheit, Vertrauen der Öffentlichkeit und das Recht der Bürger auf Wissen.
- Covid-Pässe oder -Zertifikate: Schutz der Grundrechte und rechtliche Auswirkungen.
- Die Überwindung der von der Covid-19-Pandemie verursachten sozioökonomischen Krise.
- Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Rechte von Kindern.
- Für eine europäische Diasporapolitik.

Redebeiträge

Péter Szijjártó, Aussenminister Ungarns, Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats

Im Mai übernahm Ungarn den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats von Deutschland und hat ihn im November 2021 an Italien übergeben. Als Vorsitzender des Ministerkomitees sprach der ungarische Minister Péter Szijjártó vor der Versammlung. Zu den von Szijjártó genannten Prioritäten des ungarischen Vorsitzes zählen der Schutz von Familien, insbesondere von Kindern. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf den Schutz der Rechte von Einzelpersonen zur Ausübung ihrer Religion, die Bekämpfung von Antisemitismus und der Christenverfolgung sowie den Schutz der Umwelt gelegt.

5. Vierte Sessionswoche vom 27. bis 30. September 2021

Vom 27. bis zum 30. September fand die vierte Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erneut in hybrider Form in Strassburg statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Hubert Büchel (stellvertretendes Mitglied der Versammlung) vertreten. Sie wurden von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt. Rund 270 der insgesamt 648 Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder nahmen vor Ort in Strassburg teil. Aufgrund der Oktober-Landtagssitzung konnte die liechtensteinische Delegation lediglich an den ersten beiden Tagen der Session teilnehmen.

Höhepunkte der vierten Sessionswoche

Verleihung des Václav-Havel-Menschenrechtspreises 2021

Am ersten Tag der Session wurde der Václav-Havel-Menschenrechtspreis 2021 an die weissrussische Oppositionelle Maria Kalesnikava verliehen. Mit dem mit EUR 60'000 dotierten Preis wurden zum neunten Mal Einzelpersonen oder Nichtregierungsorganisationen aus der Zivilgesellschaft geehrt, die sich in herausragender Weise für die Menschenrechte in Europa oder darüber hinaus einsetzen.

Maria Kalesnikava ist eine der Oppositionsführerinnen in Weissrussland und Mitglied des Koordinierungsrates. Sie war Leiterin der Wahlkampfzentrale des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Viktor Babaryka. Sie ist eine der drei weiblichen Symbole der weissrussischen Opposition und des Kampfes der Bevölkerung für bürgerliche und politische Freiheiten und Grundrechte. Maria Kalesnikava wurde wegen Untergrabung der nationalen Sicherheit angeklagt und ist inhaftiert. Aufgrund dessen nahm ihre Schwester den Menschenrechtspreis vor der Parlamentarischen Versammlung in Strassburg in Empfang und widmete diesen den Tausenden politischen Gefangenen in Weissrussland. Ebenfalls nominiert waren die Organisation Reporter ohne Grenzen und der burundische Menschenrechtsaktivist Germain Rukuki. Beide wurden mit einem Diplom ausgezeichnet.

Schwerpunktthema «Umwelt und Menschenrechte»: Recht auf eine sichere, gesunde und nachhaltige Umwelt

Das Ziel der Parlamentarischen Versammlung ist es, gemeinsam mit dem Ministerkomitee zu prüfen, wie das Recht auf eine gesunde Umwelt in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehalten werden kann. Dazu hat die Versammlung einen Entwurf eines Zusatzprotokolls über das Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt angenommen. Insgesamt wurden zu diesem Schwerpunktthema sieben in den Ausschüssen vorbereitete Vorlagen diskutiert und verabschiedet.

Darüber hinaus fand eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion statt. János Áder, Staatspräsident von Ungarn, António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, und Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats, waren unter den Persönlichkeiten, die zu den Parlamentariern sprachen. Des Weiteren richteten Tim Eicke, britischer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sowie die Umweltaktivistin Anuna De Wever Van der Hayden Worte an die Versammlung.

Die folgenden sieben Berichte wurden debattiert und verabschiedet:

- Verankerung des Rechts auf gesunde Umwelt: Notwendigkeit verstärkten Handels seitens des Europarats (inklusive Entwurf eines Zusatzprotokolls).
- Mehr partizipative Demokratie bei der Bewältigung des Klimawandels.
- Die Behandlung von Fragen der strafrechtlichen und zivilen Haftung im Kontext des Klimawandels.
- Klimakrise und Rechtsstaatlichkeit.
- Die Bekämpfung von Ungleichheiten im Hinblick auf das Recht auf eine sichere, gesunde und saubere Umwelt.
- Klima und Migration.
- Forschungspolitik und Umweltschutz.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Der Westbalkan zwischen demokratischen Herausforderungen und europäischen Bestrebungen: welche Rolle für den Europarat?
- Dringlichkeitsdebatte: Entwurf eines zweiten Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über Cyberkriminalität betreffend die verstärkte Zusammenarbeit und die Offenlegung von elektronischen Beweismitteln.
- Dringlichkeitsdebatte: Die Lage in Afghanistan: Folgen für Europa und die Region.
- Dringlichkeitsdebatte: Erhöhter Migrationsdruck an den Grenzen von Lettland, Litauen und Polen mit Weissrussland.
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung.
- Die humanitären Folgen des Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan.

- Leitlinien zum Umfang der parlamentarischen Immunitäten der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung.
- Sozioökonomische Ungleichheiten in Europa: Es ist an der Zeit, das soziale Vertrauen durch die Stärkung der sozialen Rechte wiederherzustellen.
- Vertretung der Geschlechter in der Parlamentarischen Versammlung.
- Die Stärkere Bekämpfung sogenannter «Ehrenverbrechen».

Redebeiträge

- Péter Szijjártó, Aussenminister Ungarns, Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats.
- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats.
- Stella Kyriakides, Europäische Kommissarin für Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit.
- Nikola Dimitrov, stellvertretender Premierminister für Europäische Angelegenheiten von Nord Mazedonien.

V. Zusammenarbeit

Jeweils vor den Sessionen traf sich die Delegation zur Vorbereitung per Videokonferenz mit Botschafter Domenik Wanger welcher die Delegationsmitglieder über die neusten Aktivitäten des Europarats aber auch über Liechtenstein relevante Themen informierte. Des Weiteren stand die Delegation im Berichtsjahr in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Ständigen Vertretung in Strassburg. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wird.

VI. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2021 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 11'791 (Vorjahr CHF 3'005). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 25'600 (Vorjahr CHF 11'000). Für die Beitragskosten an den Europarat zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen zu den Sessionen wie die Traktandenlisten, Berichte und Entschliessungen, Protokolle und Videoaufzeichnungen der Debatten sowie Abstimmungsergebnisse können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (<http://www.assembly.coe.int>) eingesehen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Bei der zweiten Session des Jahres durfte ich erstmalig als neue Delegationsleiterin in hybrider Form von Vaduz aus an den Sitzungen teilnehmen. Bereits an dieser ersten Session war es unter anderem meine Aufgabe, die von der Vorgängerdelegation eingereichte Liste mit drei möglichen Kandidaten für das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT), im Unterausschuss für Menschenrechte vorzustellen. Im Juni wählte das Ministerkomitee Judith Oehri als neues Mitglied ins CPT.

An der Juni-Session vor Ort war es für die neue Delegation erstmals möglich, Gespräche mit Abgeordneten anderer Nationen zu führen sowie sich mit einer Wortmeldung anlässlich der Feierstunde des 10. Jahrestags der Istanbul-Konvention zu beteiligen. Wir durften im Namen unseres Landes viele lobende Worte für die Ratifikation der Istanbul-Konvention entgegennehmen. Die Ratifizierung des Übereinkommens bestmöglich zu unterstützen ist ein grosses Anliegen der Delegation. Es freut mich daher ausserordentlich, dass der Landesausschuss dem Antrag der Delegation zugestimmt hat und wir im Namen Liechtensteins eine Spende von CHF 5'000 als freiwilligen Finanzbeitrag an das Projekt «The Parliamentary Network Women Free from Violence» der Versammlung des Europarats sprechen durften.

Ein sehr interessantes Jahr in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ging aus unserer Sicht erfolgreich zu Ende. Trotz den beiden Themen «Ukraine-Russland-Konflikt» sowie «Bergkarabach-Konflikt», die die Debatten jeweils dominierten, waren es im Allgemeinen stets sehr interessante Angelegenheiten. Wir alle schauen bereits jetzt der Vorsitzzeit Liechtensteins ab November 2023 entgegen und werden die nächsten beiden Jahre optimal für die Vorbereitungen nutzen.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich für die grosse Unterstützung bedanken, insbesondere bei:

- Botschafter Domenik Wanger, dem Ständigen Vertreter in Strassburg, der die neue Delegation sehr herzlich empfangen hat, unsere Fragen stets ausführlich beantwortet und uns mit Rat und Tat und seinem Hintergrundwissen zur Seite steht. Seine Ausführungen und Einschätzungen an den Vorbereitungssitzungen zu Themen mit Liechtenstein-Relevanz sind für die Delegation stets sehr hilfreich.
- Helen Lorez, der stellvertretenden Ständigen Vertreterin in Strassburg, für ihr professionelles Einbringen der Regierungsposition beziehungsweise der Positionen unseres Landes zu den einzelnen Themen anlässlich der Vorbereitungssitzungen.
- Christine Arnaud für die organisatorischen Hilfeleistungen in Strassburg.
- Sandra Gerber-Leuenberger, für die Hilfestellungen bei allen aufkommenden Fragen, ihr grosses Engagement insbesondere bei den Vorbereitungsarbeiten, bei der Mitarbeit vor Ort, bei den Eintragungen auf Rednerlisten, beim Erstellen des Jahresberichts und bei sehr vielem mehr. Sie trägt einen sehr wesentlichen Anteil am Gelingen unserer Arbeit bei. Herzlichen Dank für deine hervorragende Betreuung vor, während und nach den Sessionen, die wir keinesfalls missen wollen.
- Als Delegationsleiterin bedanke ich mich ganz herzlich bei meiner Delegation für die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit und für eure positive und engagierte Mitarbeit. Gemeinsam mit euch macht es die Arbeit interessanter und die Diskussionen spannender.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Franziska Hoop

Ruggell, im Januar 2022